

Nein zur Verschärfung des Polizeigesetzes!

Die grün-schwarze Landesregierung höhlt Grundrechte weiter aus

Die erste Lesung des Gesetzesentwurfs ist am 15. Juli. Wir lehnen den Entwurf ab.

„Wir gehen an die Grenze des verfassungsmäßig Machbaren“

Mit diesen Worten kommentierte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) die Änderung des Polizeigesetzes im Jahr 2017. Die Landesregierung bleibt eine Antwort auf die Frage schuldig, ob diese Grenze mit einer weiteren Verschärfung nicht mehr als überschritten wird. Bereits jetzt sind der Einsatz von Staatstrojanern und damit bspw. die Überwachung von Kommunikation über Messengerdienste und die intelligente Videoüberwachung zur Erkennung von Verhaltensmustern möglich. Die Polizei darf sogar Handgranaten und Sprengstoff gegen Personen einsetzen. Gegen sogenannte „Gefährder*innen“ können Aufenthalts- und Kontaktverbote erlassen und elektronische Fußfesseln können zur Kontrolle der Verbote eingesetzt werden.

Grundrechte in Gefahr

Trotz massiver Kritik von Bürgerrechtsgruppen an der Gesetzesänderung im Jahr 2017 plant die Landesregierung mit dem neuen Gesetzesentwurf eine Ausweitung der Befugnisse der Polizei. Vorgesehen sind **verdachtsunabhängige Kontrollen vor Großveranstaltungen** wie Demonstrationen und Fußballspielen und der **Einsatz von Body-Cams in Wohnungen** und Geschäftsräume. Die

Versammlungsfreiheit und die Persönlichkeitsrechte der Bürger*innen werden durch solche Maßnahmen weiter ausgehöhlt.

Transparenz? Fehlanzeige!

Obwohl die Landesregierung Offenheit und Transparenz bei der Änderung der Polizeigesetzes angekündigt hatte, fehlte bis zuletzt eine Übersicht über die genauen Änderungen des Gesetzestextes. Eine Antwort der Landesregierung auf die zahlreich eingegangene Kritik an dem Gesetzesentwurf auf ihrem eigenen Portal zur Bürgerbeteiligung stand Anfang Juli noch aus.

Es zeigt sich ein weiteres Mal, wie wenig die grün-schwarze Landesregierung echte Bürgerbeteiligung ernst nimmt.

„Anstatt das Polizeigesetz erneut zu verschärfen, sollten die vergangenen Änderungen rückgängig gemacht werden und unabhängige Ermittlungsstellen zur Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten eingerichtet werden“, fordert Tobias Pflüger, LINKE MdB und Sprecher der baden-württembergischen Landesgruppe im Bundestag.

DIE LINKE fordert:

Grundrechte wahren & polizeiliche Aufgaben begrenzen

- Die schrittweise Militarisierung der Polizei muss zurückgenommen werden.
- Aufklärung rechter Netzwerke und Strukturen in der Polizei.
- Rassismus in der Polizei aufarbeiten.
- Endlich individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen einführen.
- Unabhängige Ermittlungsstellen zur Aufklärung von Polizeigewalt

Mehr Informationen unter

www.die-linke-in-den-landtag.de, info@die-linke-bw.de

Mach mit! Werde aktiv für soziale Gerechtigkeit!

DIE LINKE. Baden-Württemberg, V.i.S.d.P.: Claudia Haydt, Falkertstr. 58, 70176 Stuttgart

